

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:392803-2011:TEXT:DE:HTML>

**D-Overath: Personensonderbeförderung (Straße)
2011/S 242-392803**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Stadtverwaltung Overath
Siegburger Straße 6
Kontaktstelle(n): Amt für Schule, Jugend und Sport
Zu Händen von: Herrn Kemmerling
51491 Overath
DEUTSCHLAND
Fax: +49 2206602-224

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.overath.de>

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Stadt Overath
Hauptstraße 25
Kontaktstelle(n): Zentrale Vergabestelle
Zu Händen von: Herrn Wittfeld
51491 Overath
DEUTSCHLAND

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Stadt Overath
Hauptstraße 25
Kontaktstelle(n): Zentrale Vergabestelle
Zu Händen von: Herrn Wittfeld
51491 Overath
DEUTSCHLAND

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) **Beschreibung**

- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**
EU-weite Ausschreibung von Leistungen der Schülerbeförderung für die Stadt Overath.
- II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**
Dienstleistungen
Dienstleistungskategorie Nr 2: Landverkehr [2], einschließlich Geldtransport und Kurierdienste, ohne Postverkehr
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Overath.
NUTS-Code DEA2B
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**
Ziel ist die nachhaltig wirtschaftliche Beschaffung der ausgeschriebenen Leistungen. Die Gesamtleistung in 3 Einzellosen vergeben.
— Los 1: Hinfahrt und Rückfahrt nach der vierten, fünften und sechsten Schulstunde zu/von Grundschulen sowie Hinfahrt und Rückfahrt nach der fünften, sechsten, siebenten, achten und ggf. neunten Schulstunde zu/von weiterführenden Schulen,
— Los 2: Hin- und Rückfahrt zur/von der Käthe-Kollwitz-Schule in der Stadt Rösrath,
— Los 3: Durchführung von Sonderfahrten zum Schwimm- und Sportunterricht und weiteren außerschulischen Bildungsangeboten von/zu Grundschulen.
Das jeweilige Los umfasst im Wesentlichen folgende Leistungen:
— die Abholung der Schüler am jeweiligen Wohnort/am Sammelplatz bzw. Treffpunkt,
— die Beförderung zur jeweiligen Schule,
— die Abholung an der Schule und den Rücktransport zum Ort der Abholung,
— bei Sonderfahrten: Abholung und Transport der Schüler während der Unterrichtszeit von der Schule zum jeweiligen außerschulischen Standort der Unterrichtsveranstaltung und Rücktransport zur jeweiligen Schule.
- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
60130000
- II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja
- II.1.8) **Lose**
Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
Angebote sind möglich für alle Lose
- II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**
Geschätzter Wert ohne MwSt:
Spanne von 650 000,00 bis 730 000,00 EUR
- II.2.2) **Angaben zu Optionen**
Optionen: nein
- II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn 22.8.2012. Abschluss 31.7.2020

Angaben zu den Losen

Los-Nr: 1

Bezeichnung: Hinfahrt und Rückfahrt nach der vierten, fünften und sechsten Schulstunde zu/von Grundschulen sowie Hinfahrt und Rückfahrt nach der fünften, sechsten, siebenten, achten und ggf. neunten Schulstunde zu/von weiterführenden Schulen

- 1) **Kurze Beschreibung**
Siehe II.1.5).
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
60130000
- 3) **Menge oder Umfang**
- 4) **Abweichung von der Vertragslaufzeit oder vom Beginn bzw. Ende des Auftrags**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen**

Los-Nr: 2

Bezeichnung: Hin- und Rückfahrt zur/von der Käthe-Kollwitz-Schule in der Stadt Rösrath

- 1) **Kurze Beschreibung**
Siehe II.1.5).
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
60130000
- 3) **Menge oder Umfang**
- 4) **Abweichung von der Vertragslaufzeit oder vom Beginn bzw. Ende des Auftrags**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen**

Los-Nr: 3

Bezeichnung: Durchführung von Sonderfahrten zum Schwimm- und Sportunterricht und weiterenaußerschulischen Bildungsangeboten von/zu Grundschulen

- 1) **Kurze Beschreibung**
Siehe II.1.5).
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
60130000
- 3) **Menge oder Umfang**
- 4) **Abweichung von der Vertragslaufzeit oder vom Beginn bzw. Ende des Auftrags**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

In den Vergabeunterlagen geregelt.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Mitglieder von Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch. Näheres ist in den Vergabeunterlagen geregelt.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: —
Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der in § 6 EG Abs. 4 u. 6 VOL/A genannten Tatbestände.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: —
Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bieters,

— (Eigen-)Erklärung zur Solvenz auf gesonderte Anforderung,

— Eigenerklärung über das Vorhandensein einer Betriebshaftpflichtversicherung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: — Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bieters in den Jahren 2008 bis 2010 für jedes einzelne dieser Geschäftsjahre (im Angebotsteil I enthalten),

— (Eigen-)Erklärung zur Solvenz auf gesonderte Anforderung: Die ausschreibende Stelle behält sich vor, im Laufe der Angebotsbewertung Bilanzen oder Bilanzauszüge aus den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren oder andere geeignete Nachweise für diesen Zeitraum (z. B. Erklärung eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters), welche die Solvenz des Bieters nachweisen, vom Bieter ergänzend zu fordern,

— Eigenerklärung über das Vorhandensein einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 1 500 000 EUR (im Angebotsteil I enthalten).

Hinweis:

Die ausschreibende Stelle behält sich vor, im Laufe der Angebotsbewertung den Versicherungsschein vom Bieter ergänzend zu fordern.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

— Der Bieter hat die Referenz/-en (als Eigenerklärung) zu erbringen, dass er die Beförderung von Kindergartenkindern und/oder Schülern erbracht hat,

— Eigenerklärung zu den zur Personenbeförderung zugelassenen Fahrzeugen auf gesonderte Anforderung,

— Eigenerklärung zu den beschäftigten Mitarbeitern auf gesonderte Anforderung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

— Der Bieter hat die Referenz/-en (als Eigenerklärung) zu erbringen, dass er die Beförderung von Kindergartenkindern und/oder Schülern für mind. 2 Jahre (24 Monate) in den Jahren 2009 bis 2011 erbracht hat. Die Referenz ist durch eine Auflistung der Auftraggeber, mit jeweiliger Angabe der Beförderungszahl (Personen) und Beauftragungszeiträume vorzulegen (im Angebotsteil I enthalten),

— Eigenerklärung zu den zur Personenbeförderung zugelassenen Fahrzeugen auf gesonderte Anforderung:

Die ausschreibende Stelle behält sich vor, im Laufe der Angebotsbewertung Angaben über die Zahl und Art der im Unternehmen vorhandenen Fahrzeuge zur Personenbeförderung (Stand November/Dezember 2011) vom Bieter ergänzend zu fordern,

— Eigenerklärung zu den beschäftigten Mitarbeitern auf gesonderte Anforderung: die ausschreibende Stelle behält sich vor, Angaben zur durchschnittlichen Anzahl der im Unternehmen beschäftigten Mitarbeiter der

letzten 3 Jahre, gegliedert nach Fahrern, Begleitpersonal und sonstigem Personal vom Bieter ergänzend zu fordern. Die Anzahl der fest angestellten Mitarbeiter ist dabei gesondert auszuweisen.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: nein

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Offen

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

Niedrigster Preis

IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

nein

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 24.1.2012

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

31.1.2012 - 12:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

bis: 31.5.2012

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: nein

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer bei der Bezirksregierung Köln
Zeughausstraße 2 - 10
50667 Köln
DEUTSCHLAND

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Statthafter Rechtsbehelf bei Verstößen gegen die Vergabevorschriften ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens. Der Antrag ist schriftlich bei der zuvor benannten zuständigen Stelle für Nachprüfungsverfahren einzureichen. Der Antrag ist nur zulässig, solange kein wirksamer Zuschlag erteilt worden ist. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über den beabsichtigten Zuschlag ordnungsgemäß nach § 101a GWB informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Information per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind.

Der Antrag ist auch vor wirksamer Zuschlagerteilung unzulässig, soweit:

- der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

14.12.2011